



### **Initiativkomitee Wohn-Initiative «Für bezahlbare Wohnungen»**

Postfach 6411, 3001 Bern

Tel. 031 301 82 09

E-Mail: [info@wohnenfueralle.ch](mailto:info@wohnenfueralle.ch)

Postkonto: 60-554812-6

[www.wohnenfueralle.ch](http://www.wohnenfueralle.ch)

Bern den 18. Mai 2015

Hauseigentümerverband behindert Umsetzung der Wohn-Initiative:

## **Aufforderung an Investoren und Grundeigentümerinnen preisgünstigen Wohnraum zu schaffen**

***Das Initiativkomitee „Für bezahlbare Wohnungen“ fordert eine rasche Umsetzung der Inhalte der Wohn-Initiative, die am 18. Mai 2014 - vor genau einem Jahr - mit 72 Prozent von der Stimmbevölkerung in allen Stadtteilen sehr deutlich angenommen wurde. Eine Kollektiveinsprache des Hauseigentümerverbandes Bern und Umgebung und von drei Einzelpersonen verhindert leider die Inkraftsetzung der genehmigten Änderung der städtischen Bauordnung. Mit einer Aktion vor dem Sitz des Hauseigentümerverband macht das Initiativkomitee heute auf die Verhinderungstaktik aufmerksam: „72 Prozent der BernerInnen wollen gemeinnützig bauen. Der Hauseigentümerverband stellt sich quer.“ Mit einem symbolischen Haus aus 72 Ziegelsteinen visualisiert das Initiativkomitee den Willen der StadtbernerInnen nach mehr gemeinnützigem Wohnraum.***

Am 18. Mai 2014 - vor genau einem Jahr - hat die Stadtberner Stimmbevölkerung mit 72 Prozent die Annahme der Initiative „Für bezahlbare Wohnungen“ beschlossen. Die Zustimmung war in allen Stadtteilen sehr deutlich und zeigte auf, dass in der Stadt Bern Handlungsbedarf nach mehr bezahlbarem, gemeinnützigem Wohnraum besteht. Das zuständige Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons hat am 18. März 2015 die Änderung der städtischen Bauordnung genehmigt. Damit könnte die geänderte Bauordnung in Kraft treten. Dagegen hat aber der Hauseigentümerverband Bern und Umgebung Beschwerde eingereicht. Damit kann die Initiative vorerst nicht in Kraft treten. Bei einem juristischen Weiterzug kann es gar mehrere Jahre dauern, bis die Gerichte abschliessend entscheiden. Trotz sehr klarem Volksentscheid wird die Umsetzung so behindert und es fehlt damit an Rechtssicherheit.

Die städtischen Behörden, aber auch weitsichtige GrundeigentümerInnen und InvestorInnen sind angesichts des klaren Abstimmungsresultates aufgefordert ihren Beitrag für die Schaffung von mehr preisgünstigem und gemeinnützigem Wohnraum zu leisten. So ist das Kernstück der Initiative, dass bei jeder Neu- und Umzonung ein Drittel des Wohnraums nach gemeinnützigem und/oder preisgünstigen Kriterien zu erstellen ist, bereits heute umsetzbar. So beispielsweise bei der Überbauungsordnung Weltpoststrasse Nord, wo die Immobilieninvestmentgesellschaft Swiss Prime Site AG - als Baurechtnehmerin - und die Bürgergemeinde Bern – als Baurechtgeberin – für die Entwicklung im Oberen Murifeld aktiv sind. So sieht die Überbauungsordnung Weltpoststrasse Nord gemäss Vernehmlassung vor, dass von geplanten 175 Wohnungen ein Drittel der Wohnungen als kostengünstiger Wohnraum zu erstellen und in Kostenmiete zu vermieten sind. Gemäss Wohninitiative muss aber mindestens ein Drittel der Wohnfläche gemeinnützigem Kriterien entsprechen. Hier aber auch bei allen weiteren Überbauungsordnungen und grösseren Überbauungen fordert das Initiativekomitee die politischen Behörden, InvestorInnen und GrundeigentümerInnen auf, den klar geäusserten Willen der Stimmbevölkerung zu respektieren.

Der Handlungsbedarf und die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum ist seit der Abstimmung vor einem Jahr noch grösser geworden. Heute kostet die Hälfte der verfügbaren Vierzimmerwohnungen in der Stadt Bern mehr als 1720 Franken im Monat. In der Stadt Bern ist der Mietindex aller Wohnungen gegenüber dem Vorjahr gar um 1 Prozent gestiegen, was

der grösste Zuwachs seit sechs Jahren ist (Quelle: Wohnungsmietpreiserhebung in der Stadt Bern, März 2015). Bezahlbare Wohnungen sind besonders für Familien kaum zu finden. Es ziehen heute mehr Familien mit Kindern aus der Stadt weg, als zu. In der Stadt Bern beträgt der Anteil der privaten gemeinnützigen Wohnbauträger am Mietwohnungsmarkt im Gegensatz zu anderen Städten tiefe 10 Prozent.

Weitere Auskünfte für das Initiativkomitee «Für bezahlbare Wohnungen»:

- Natalie Imboden, Präs. Mieterverband Regionalgruppe Bern, Grossrätin Grüne, 079 706 62 84
- Jürg Sollberger, Präsident Wohnbaugenossenschaften Bern-Solothurn, 078 662 53 38
- Michael Sutter, Sekretär SP Stadt, Stadtrat, 079 541 96 27
- Stéphanie Penher, Präsidentin Grünes Bündnis, Stadträtin, 079 711 19 15
- Lukas Gutzwiller, Vizepräsident GFL, Stadtrat, 076 462 3107
- Wartenweiler Johannes, Gewerkschaftsbund Stadt Bern GSB, Stadtrat SP, 079 235 91 64
- Margrith Beyeler, Geschäftsführerin Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern, 079 259 30 59